

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
KULTUR, BILDUNG UND
SOZIALES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
10. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
02.02.2017**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 02.02.2017

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) Öffentliche Sitzung**
1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2016
 2. Betreutes Wohnen in Palenberg; Projektvorstellung des FuD Euregio gGmbH soziale Dienstleistungen
 3. Tätigkeitsbericht der Leiterin des städtischen Mehrgenerationenhauses
 4. Schaffung einer Alternativfläche für das legale Anbringen von Graffiti am Schulzentrum
 5. GGS Palenberg wird GL Schule
 6. Defizitausgleich Mensabetrieb Willy-Brandt-Gesamtschule
 7. Bericht über den Seniorenschnachmittag 2016
 8. Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg
Bestellung neuer Mitglieder und persönlicher Vertreter in die Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises
 9. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 36 Abs. 1 i. V. m. § 4 GeschO betr. Information zu Maßnahmen und Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit in Übach-Palenberg
 10. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 36 Abs. 1 i. V. m. § 4 GeschO betr. Fortführung der Schulsozialarbeit
 11. Erweiterungen zur Tagesordnung
 12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) **Nichtöffentliche Sitzung**

- 13. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 14. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Brade
Herr Lars Kohlen	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Artur Wörthmann	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings	UWG
Herr Ralf Gottschlich	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Klaus-Giso Bernhardt	SPD	als persönlicher Vertreter für sachkundigen Einwohner Gerschel
Frau Monika Lux	CDU	

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Elisabeth Ehmig		
Frau Martina Eichler		
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex		
Frau Anja Ritter		als Vertreterin für Frau Heike Egner- Walter

Abwesende sachkundige Bürger

Frau Marion Wissing	B'90/Die Grünen
---------------------	-----------------

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Justiziar Marius Claßen
Herr Stadtoberamtsrat Dieter Gudehus
Herr Stadtamtsrat Herbert Söhnen
Frau Stadtamtfrau Maike Simunovic

Frau Stadtamtsinspektorin Martina Waliczek
Herr Stadtinspektor Thomas de Jong
Frau Doris Linden-Mahr

Schriftführer

Frau Stadtoberinspektorin Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, Vertreter der Schulen, den Vertreter der Presse sowie die Gäste zu Tagesordnungspunkt 2, Betreutes Wohnen in Palenberg: Projektvorstellung des FuD Euregio gGmbH soziale Dienstleistungen, Frau und Herr Hansen.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung vier Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.09.2016

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 08.09.2016 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Betreutes Wohnen in Palenberg; Projektvorstellung des FuD Euregio gGmbH soziale Dienstleistungen

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erklärte, dass der Ausschuss gemäß § 58 III Gemeindeordnung NRW darüber befinden muss, ob die Eheleute Hansen von der FuD Euregio GmbH soziale Dienstleistungen ihr Projekt in der Sitzung vorstellen dürfen.

Seitens der Ausschussmitglieder gab es keine Einwände gegen die Vorstellung des Projekts in der Sitzung

Herr und Frau Hansen von der FuD Euregio GmbH soziale Dienstleistungen stellten ihr Projekt mithilfe einer Powerpointpräsentation vor. Diese ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Im Anschluss an die Präsentation wurden gestellte Nachfragen von Herrn Hansen beantwortet.

3 Tätigkeitsbericht der Leiterin des städtischen Mehrgenerationenhauses

Die Leiterin des Mehrgenerationenhauses, **Frau Doris Linden-Mahr**, stellte ihren Tätigkeitsbericht vor. Ihre Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Im Anschluss an die Präsentation wurden gestellte Nachfragen von Frau Linden-Mahr beantwortet.

4 Schaffung einer Alternativfläche für das legale Anbringen von Graffiti am Schulzentrum

Von Seiten der Ausschussmitglieder wurde der Bedarf an Alternativflächen für das legale Anbringen von Graffiti diskutiert und die Beteiligung des Streetworkers Alexander Zenker bei der Auswahl des Standortes angeregt. Ebenfalls wurde Herr Schulleiter Ehmig zu dem Thema angehört.

Seitens der **Verwaltung** wurde vorgeschlagen, den Streetworker in der kommenden Ausschusssitzung zu dem Thema anzuhören und bis dahin die Schaffung einer Alternativfläche für die legale Anbringung von Graffiti zurückzustellen.

5 GGS Palenberg wird GL Schule

Frau Schulleiterin Eichler erläuterte die Bezeichnung „Schule des Gemeinsamen Lernens“ sowie die Hintergründe, die dazu geführt haben, dass die Gemeinschaftsgrundschule Palenberg ab dem Schuljahr 2017/18 diese Bezeichnung führt. Weiterhin berichtete sie über die Herangehensweise der GGS Palenberg an das Thema „Schule des Gemeinsamen Lernens“ und beantwortete im Anschluss Rückfragen der Ausschussmitglieder.

6 Defizitausgleich Mensabetrieb Willy-Brandt-Gesamtschule

Die **Verwaltung** und **Schulleiter Ehmig** beantworteten Rückfragen der Ausschussmitglieder zu dem Mensabetrieb der Willy-Brandt-Gesamtschule sowie zu dem Bistro des Carolus-Magnus-Gymnasiums und der Mensa der Städtischen Realschule. Dabei wurde herausgestellt, dass bei der Ausführung der Mensas/des Bistros der Schulindividualität Rechnung getragen werde und keine Einkaufsgemeinschaften bestehen. Da jede Schule ihren Mensabetrieb/Bistrobetrieb anders organisiere, sei aus Sicht der Verwaltung nicht mit Folgeanträgen der anderen Schulen zu rechnen.

Beschlussempfehlung:

Für den Mensabetrieb der Willy-Brandt-Gesamtschule, welcher durch den Förderverein Willy-Brandt-Gesamtschule Übach-Palenberg e.V. organisiert wird, wird zusätzlich zum städtischen Zuschuss in Höhe von 39.600 € pro Jahr eine jährliche Defizitausgleichsbürgschaft in Höhe von maximal 3.600 € pro Jahr gewährt, soweit der städtische Zuschuss nachweislich nicht auskömmlich ist und andere Maßnahmen zur Verringerung des Defizits (bspw. Erhöhung der Essenspreise) nicht durchführbar bzw. sinnvoll sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

7 Bericht über den Seniorensownachmittag 2016

Seitens der **Verwaltung** wurde über den erfolgreichen Seniorensownachmittag 2016 berichtet und erklärt, dass der Termin im Jahr 2017 aufgrund der sehr spät liegenden Herbstferien und des feststehenden Termins für das Konzert des Heeresmusikkorps am 24.10.2017 auf Freitag, den 3. November gelegt wurde. Weiterhin wurde mitgeteilt, dass der Seniorensownachmittag auch im Jahr 2016 kostendeckend war.

Auf Rückfrage erklärte die **Verwaltung**, dass die Kosten für die Künstler im Jahr 2017 steigen werden, man jedoch schon einen Lösungsvorschlag zur Deckung der Kosten entwickelt habe.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Im Jahr 2017 findet der städtische Seniorensownachmittag am Freitag, 3. November statt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**8 Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg
Bestellung neuer Mitglieder und persönlicher Vertreter in die Auswahlkommission zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises**

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie die Mitglieder der Auswahlkommission gerne so belassen hätte, Herr Hanns-Paul Jouck jedoch leider nicht mehr für das Amt zur Verfügung stehe. Sie schlug daher vor, Frau Nina Otten als neues Mitglied in die Auswahlkommission zu bestellen und Herrn Günter Preuth als ihren persönlichen Vertreter.

Die **SPD-Fraktion** schlug Herrn Fritz Knizia als neues Mitglied für die Auswahlkommission vor sowie Herrn Oliver Walther gegen Herrn Dr. Sascha Derichs auszutauschen, da die Mitgliedschaft damals mit dem Vorsitz im Kulturausschuss begründet worden sei.

Die **CDU-Fraktion** bat um eine kurze Sitzungsunterbrechung, der der **Ausschussvorsitzende Dr. Derichs** zustimmte.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten schlug die **CDU-Fraktion** vor, die Politik bei der Benennung neuer Mitglieder für die Auswahlkommission des Kunst- und Kulturpreises außen vorzulassen und folgende Mitglieder zu bestellen:

1. Frau Nina Otten persönlicher Vertreter Herr Günter Preuth
2. Herr Fritz Knizia persönliche Vertreterin Frau Norma Kuhlmei
3. Frau Hedi Klee persönliche Vertreterin Frau Uschi Zantis

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie sich diesem Vorschlag anschließe.

Beschluss:

Folgende Personen werden in die Auswahlkommission berufen:

- | | |
|----------------------|--|
| 1. Frau Nina Otten | persönlicher Vertreter Herr Günter Preuth |
| 2. Herr Fritz Knizia | persönliche Vertreterin Frau Norma Kuhlmei |
| 3. Frau Hedi Klee | persönliche Vertreterin Frau Uschi Zantis |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

9 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 36 Abs. 1 i. V. m. § 4 GeschO betr. Information zu Maßnahmen und Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit in Übach-Palenberg

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag der SPD-Fraktion. Diese erläuterte den Antrag im Anschluss.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie grundsätzlich nichts gegen den Antrag der SPD-Fraktion einzuwenden habe, ihrer Meinung nach aber auch ein mündlicher Bericht nach Bedarf in der Ausschusssitzung ausreichen würde.

Die Ausschussmitglieder thematisierten daraufhin den Umfang des schriftlichen Berichts und hielten fest, dass damit kein Gutachten gemeint sei. Ein auf Übach-Palenberg ausgelegter mündlicher Bericht, dessen Präsentation anschließend als Anlage zur Niederschrift genommen werde, reiche aus.

Seitens der **Verwaltung** wurde berichtet, dass bereits Kontakt mit dem Kreis Jugendamt aufgenommen wurde und es am 09.02.2017 ein Gespräch geben werde. Weiterhin erklärte sie, dass sie den Tätigkeitsbericht nicht einfordern, sondern lediglich erbitte könne.

Aufgrund dieses Hinweises schlug **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** vor, dass Wort einzufordern gegen erbitte auszutauschen und ließ über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales beauftragt die Verwaltung, eine/n Vertreter/in des Jugendamtes des Kreises Heinsberg zur nächsten Sitzung des Ausschusses einzuladen und einen ausführlichen schriftlichen und mündlichen Bericht zu den Maßnahmen und Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendhilfe in Übach-Palenberg zu erbitten. Er fordert die Verwaltung auf, den Ausschuss künftig jährlich zu informieren und vom Jugendamt des Kreises Heinsberg einen Tätigkeitsbericht zu erbitten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

10 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 36 Abs. 1 i. V. m. § 4 GeschO betr. Fortführung der Schulsozialarbeit

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag der SPD-Fraktion. Diese erläuterte den Antrag im Anschluss und bat um Zustimmung.

Die **CDU-Fraktion** und die **UWG-Fraktion** erklärten, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen werden.

Seitens der **Verwaltung** wurde berichtet, dass das NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales am 24.01.2017 per Pressemitteilung darauf hingewiesen habe, dass Nordrhein-Westfalen in den kommenden beiden Jahren jeweils rund 48 Millionen Euro für die Bildungs- und Teilhabeberatung in Schulen zur Verfügung stelle. Die Weiterfinanzierung um ein Jahr bis 2018 gebe den Städten und Kreisen Planungssicherheit. Die Verteilung der Schulsozialarbeiterstelle, die derzeit aus zwei halben Stellen besteht, solle zukünftig auch den Schulleitungen obliegen. Die Konkretisierung Grundschule Frelenberg in der Beschlussempfehlung müsse daher gestrichen werden.

Aufgrund dieses Hinweises schlug **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** vor, in der Beschlussempfehlung unter Punkt 2 an der Grundschule Frelenberg zu streichen und ließ über die geänderte Beschlussfassung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg ist der Überzeugung, dass mit der Schulsozialarbeit ein zentrales Hilfesystem und eine wirksame Unterstützung für die pädagogische Arbeit an Schulen besteht.

2. Er beauftragt die Stadtverwaltung, die mit Landesmitteln geförderte Schulsozialarbeit in Höhe von 1,0 Vollzeitstelle im Jahr 2018 fortzuführen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die dafür notwendigen finanziellen Mittel für den Haushalt 2018 vorzusehen und einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

11 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

12 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Bürgermeister Jungnitsch verlas eine Information zum Hausärzteprogramm, diese ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Weiterhin berichtete die **Verwaltung** über den Start des Volksbegehren „Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für die Bildung, G9 jetzt!“, das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ sowie zur aktuellen Situation der Asylbewerber/Flüchtlinge in Übach-Palenberg. Die Präsentation der Verwaltung zur aktuellen Situation der Asylbewerber/Flüchtlinge in Übach-Palenberg ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Abschließend nahm die **Verwaltung** Bezug auf die Ausführungen zu den steigenden Kosten für die Künstler beim Seniorensownachmittag (TOP 7) und berichtete über einen geplanten Vorschlag zur Erhöhung der Eintrittspreise für den Seniorensownachmittag von 4 € auf 5 € und für das Heeresmusikkorps von 10 € auf 11 € und die Einführung eines Kombitickets für beide Veranstaltungen zum Preis von 13 € (Ersparnis 3 €). Da beide Veranstaltungen im Jahr 2017 nur eine Woche nacheinander stattfinden (24.10.2017 und 03.11.2017) und die gleiche Zielgruppe ansprechen, erhoffe sich die Verwaltung mit der Einführung des Kombitickets einen positiven Effekt. In der nächsten Ausschusssitzung werde eine Sitzungsvorlage zu der Veränderung der Eintrittspreis vorgelegt.

Anfragen der CDU-Fraktion:

Seitens der **CDU-Fraktion** wurde aufgrund des Breitbandausbaus diverser Internetanbieter nachgefragt, ob die Übach-Palenberger Schulen über schnelles Internet verfügen.

Die **Verwaltung** antwortete, dass es an den Schulen schnelles Internet und schnelle Rechner gebe und der Verwaltung derzeit von Seiten der Schule keine Beschwerden bekannt seien.

Weiterhin thematisierte die **CDU-Fraktion** den Unterrichtsausfall an den Schulen. Laut eines Zeitungsartikels belaufe sich dieser bis auf 20 Prozent.

Die **Verwaltung** erklärte, dass diese Daten nur der Schulaufsicht vorlägen. Auch die anwesenden Schulleitungen konnten keine aktuellen Zahlen zum Unterrichtsausfall nennen, 20 Prozent Unterrichtsausfall gebe es jedoch nicht. Schulleiter Ehmig berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Willy-Brandt-Gesamtschule bei der Qualitäts-

prüfung der Bezirksregierung die Bestnote für den Vertretungsunterricht erhalten habe. Frau Ritter von der KGS Scherpenseel wies auf den Lehrermangel an Grundschulen hin.

Die **CDU-Fraktion** fragte, ob es bei der U3-Betreuung in Übach-Palenberg Probleme gebe.

Die **Verwaltung** wies darauf hin, dass diese Frage in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich vom Kreisjugendamt beantwortet werden könne. Der Verwaltung sei jedoch bekannt, dass alle U2-Plätze zurzeit vergeben seien und Eltern mit Bedarf auf Tagesmütter zurückgreifen müssen.

Abschließend fragte die **CDU-Fraktion**, ob es stimme, dass es in Kindergärten und Schulen kein Schweinefleisch mehr zu essen gebe.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs antwortete, dass dies nicht stimme.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Die **SPD-Fraktion** thematisierte einen Zeitungsbericht zur Schließung der Stadtbücherei und erkundigte sich, ob die Verwaltung Maßnahmen zum Erhalt der Stadtbücherei in Betracht gezogen habe. Die SPD-Fraktion werde hierzu für die nächste Ratssitzung einen Antrag stellen.

Die **Verwaltung** berichtete darüber, dass bereits der Rat mit der Aufstellung des Haushaltssanierungsplanes die Schließung der Stadtbücherei als eine Maßnahme der Haushaltssanierung beschlossen habe. Auch die letzte Verabschiedung des Haushaltes einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes sei am 24.11.2016 einstimmig beschlossen worden. Die Verwaltung habe ohnehin vor, zu dem Thema in der nächsten Ratssitzung Stellung zu nehmen.

Da keine Tagesordnungspunkte für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorlagen, schloss **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin